

Offene Worte

Online Nr. 151

Zeitung der LINKEN für den Barnim 2. Febr. 2022, 31. Jahrg.

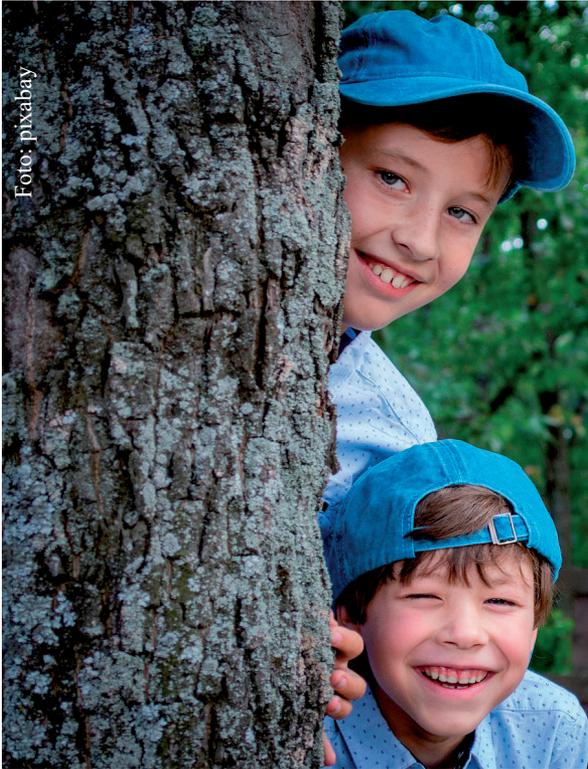


Foto: pixabay

Was wird aus der Waldschule in Groß Schönebeck?

Brandenburgs Umweltminister Axel Vogel versprach letzte Woche den Erhalt der Waldschule.

Laut Entwurf der Forstreform sollen die 23 landesweiten Waldschulen aber auf eine pro Kreis reduziert werden.

Und auch ein neuer Antrag von SPD/CDU/Grünen will Waldschulen nach der „Schuldichte“ ausrichten.

Also noch keine Entwarnung für die Waldschule in Groß Schönebeck?

„Halten Sie Wort und erhalten Sie die Waldschule in Groß Schönebeck“, dazu hatte Rainer Dickmann (LINKE/Bauern), Vorsitzender des Landwirtschafts- und Umweltausschusses im Kreistag Barnim, den Brandenburger Umweltminister Axel Vogel aufgefordert. Denn im Koalitionsvertrag hatte sich die Brandenburger Landesregierung für den Erhalt aller Waldschulen in Brandenburg ausgesprochen.

Statt dessen sorgte für Aufregung, dass die Waldschule „Jägerhaus“ geschlossen werden sollte. Sie liegt in Groß Schönebeck auf dem Gelände des Jagdschlösses. Hier wird vor allem Grundschüler:innen ein umfangreiches Lern-Programm angeboten. Laut Entwurf zur Forstreform soll die Waldschule geschlossen werden, weil jeder Landkreis nur noch eine Schule finanziert bekommen sollte.

Dagegen wehrten sich die Groß Schönebecker. „Wir brauchen gerade für das sensible Thema „Wald“ für Kinder eine frühzeitige Bildungsmöglichkeit“, erklärt Katharina Slanina aus Lichterfelde und Co-Landesvorsitzende der Brandenburger LINKEN. „Wir stehen vor einem ökologischen Umbau, da können wir doch nicht an den Waldschulen

sparen!“ fordert die Landespolitikerin.

In einer Sendung des rbb verkündete Umweltminister Axel Vogel am 22. Januar, dass die Waldschule in Groß Schönebeck erhalten bleiben soll. Ein Antrag von SPD, CDU und Grünen vom Vorabend an den Umweltausschuss des Landtages würde dies beinhalten. Der Jubel wurde Live übertragen.

Liest man den Antrag jedoch genauer, versteht man nicht wirklich, worauf sich der Minister da stützt. Erneut wird dort auf den Abschlussbericht des Landesbetriebs Forst an den Umweltausschuss Bezug genommen, wonach es 35 Personalstellen landesweit für die Waldschulen geben soll, diese an die Schuldichte geknüpft werden und waldpädagogische Einrichtungen im Barnim „zum Teil nicht weitergeführt“ werden sollen. Allerdings würde der Umweltausschuss den Erhalt aller waldpädagogischen Angebote befürworten. „Ein klares „Ja“ zu den Waldschulen sieht anders aus“, erklärt der umweltpolitische Sprecher der Brandenburger Landtagsfraktion, Thomas Domres. „Die große Ankündigung von Minister Vogel bleibt völlig im Unklaren. Im Papier von SPD, CDU und Grünen

an den Ausschuss am 9. Februar wird vom Erhalt von mindestens einer Waldschule pro Landkreis gesprochen. Das würde Schließungen sogar über die sechs bisher bedrohten Standorte hinaus ermöglichen.“

„Von einem Minister erwarte ich, dass er seinen Verantwortungsbereich leitet und gestaltet“, erklärt Peter Harbach aus Groß Schönebeck, der bei der Aufzeichnung der Sendung des rbb in seinem Ort dabei war. „Statt dessen versteckt er sich dahinter, was die Fraktionen beantragen, was der Ausschuss berät.“

DIE LINKE im Landtag will die Schließung von sechs Waldschulen im Norden Brandenburgs wegen der besonderen Bedeutung der Waldpädagogik nicht akzeptieren. „Hier muss vor allem mehr Personal vorgesehen werden, um die Angebote im ländlichen Raum aufrecht zu erhalten“, erklärt der Fraktionschef der LINKEN im Landtag, Sebastian Walter. „Im Bericht an den Ausschuss heißt es ausdrücklich, dass 50 Stellen nötig seien, um ein landesweit attraktives Angebot sicherzustellen, deshalb wollen wir mehr Stellen einfordern“, sind sich der Eberswalder Sebastian Walter und Domres einig. **bc**

Hartz-IV-Regelsatz zu niedrig

Ein armutsfester Regelsatz müsste nach Berechnungen der Paritätischen Forschungsstelle aktuell 678 Euro für einen alleinstehenden Erwachsenen betragen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert, dass der Regelsatz durch statistische Tricks willkürlich klein gerechnet wurde. Die jüngste Anpassung zum 1. Januar 2022 um lediglich drei Euro auf aktuell 449 Euro gleiche nicht einmal die Preisentwicklung aus, führe damit sogar zu realen Kaufkraftverlusten und sei im Ergebnis verfassungswidrig. Der Paritätische appelliert an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, für eine bedarfsgerechte Anpassung der Regelsätze zu sorgen. Kurzfristig fordert der Verband eine Soforthilfe für Menschen in der Grundsicherung von monatlich 100 Euro pro Person, um wenigstens die pandemiebedingten Mehrkosten und die Inflation auszugleichen. Der geltende Regelsatz reiche vorne und hinten nicht und gehe schon lange an der Lebensrealität vorbei.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert zudem die Berechnungsmethoden und wie die jährlichen Anpassungen fortgeschrieben werden. Das ganze Bemessungssystem gehöre auf den Prüfstand. Die Forschungsstelle des Wohlfahrtsverbandes rechnet in ihrer aktuellen Expertise die seit Jahren umstrittenen und von den LINKEN und Grünen im Bundestag kritisierten statistischen Manipulationen im Regelsatz heraus und nimmt eine Anpassung an die aktuelle Preisentwicklung vor. Im Ergebnis müsste der Regelsatz für einen alleinstehenden Erwachsenen derzeit 678 Euro statt 449 Euro betragen.

Quelle: Der Paritätische Gesamtverband/OW-Kürzung

**Aufgepasst:
Nächste Papier-OW
wird ab
10. Februar verteilt.**

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

**nächste OW am
20. Februar 2022**